



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 290 Postulat Betschen Stephan und Mit. über Vorbereitungen zur Verhinderung einer zweiten Covid-19-Ansteckungswelle / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 290, die Anfrage A 285 von Jasmin Ursprung über die Lehren aus der ersten Welle von Covid-19 und Massnahmen für eine allfällige zweite Welle sowie die Anfrage A 295 von Carlo Piani über den Einsatz einer Software zum Contact-Tracing im Rahmen der Bekämpfung von Covid-19 werden als Paket behandelt.

Folgender Antrag liegt zum Postulat P 290 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Jasmin Ursprung ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Carlo Piani ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Jasmin Ursprung: Ich spreche zum ganzen Paket. Wir haben ein grosses Ziel, und zwar einen zweiten Lockdown zu verhindern. «Einhaltung der Schutzmassnahmen» und «Contact-Tracing» sind hierfür die Zauberworte, auch wenn wir es im Moment nicht mehr hören können und teils nachlässig werden. Es liegt in unseren Händen, das Virus einzudämmen und langsam, aber sicher auszurotten. Die Entwicklung von vermehrten Neuansteckungen muss analysiert und notwendige Massnahmen müssen ergriffen werden. Die SVP-Fraktion wird deshalb dem Regierungsrat folgen und für die Erheblicherklärung des Postulats P 290 stimmen. Zur Anfrage A 285: Folgende Punkte möchte ich in der Diskussion kritisch hinterfragen. Erstens die Vorräte der Schutzmaterialien: In der Antwort zu Frage 7 schreibt der Regierungsrat klar, dass mehr darauf geachtet werden müsse, dass die Vorgaben gemäss Pandemieplan in den Luzerner Spitälern eingehalten werden. Dies widerspricht meiner Meinung nach der Antwort zu Frage 5, dass man immer genügend Schutzmaterial gehabt habe. Ansonsten wäre ich froh um Aufklärung, was mit der Antwort zu Frage 7 gemeint ist. Zweitens: Die Verteilung des Schutzmaterials an die Leistungserbringer war restriktiv. Ich habe von vielen Institutionen gehört, dass diese sehr am Limit waren. Wäre es hier nicht sinnvoller, wenn die Leistungserbringer wie Ärzte, Spitex oder Pflegeheime sich zukünftig selber einen gewissen Vorrat aufbauen müssten? Dies könnte zum Beispiel in den Heimen durch die kantonalen QS-Checks sichergestellt werden oder bei anderen Institutionen in die Weisungen der Betriebsbewilligung aufgenommen werden. Drittens: Nach Möglichkeit sollten die Einschränkungen im Allgemeinen und auch für Personen ab 65 Jahren weniger stark ausfallen. Unsere Seniorinnen und Senioren hatten ein grosses gesundheitliches Risiko zu tragen. Durch ihre und unsere Schutzmassnahmen wurden sie teils vollends von der Gesellschaft abgeschnitten und hatten somit kaum noch soziale Kontakte. Um diese Situation zu lindern, folgte jede Gemeinde ihrem eigenen Weg. Deshalb würden wir es begrüessen, wenn der Kanton den Austausch zwischen den Gemeinden

verstärkt fördern würde, beispielsweise mit einer Austauschplattform oder einer Art Best-Practice, welche der Kanton publiziert. Viertens der Informationsaustausch zwischen Kanton, Gemeinden und den übrigen Leistungserbringern: Ich habe von diversen Sozialvorstehern gehört, dass es oft nicht klar war, wem man was zusenden durfte, wer für was zuständig ist und wer von wem informiert wird. Wären hier nicht Trainingsmöglichkeiten sinnvoll, um diese Abläufe, Konzepte und Kontrollen zu üben? Krisenvorbereitung darf nicht nur ein Papiertiger sein.

Carlo Piani: Ich spreche zur Anfrage A 295. Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Antworten. Warum bin ich teilweise zufrieden? Besonders die Frage zu den verschiedenen Softwarelösungen wurden nicht ganz zu meiner Zufriedenheit beantwortet. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bietet mit dem Informations- und Einsatzsystem (IES) den Kantonen eine fixfertige Lösung an, welche bereits in Betrieb ist. Selbst die Armee arbeitet mit dieser Software, und sie wird erfolgreich in der Corona-Krise eingesetzt. Das Zusatzmodul für Contact-Tracing kann problemlos ergänzt werden. Das Modul wird den Kantonen auch kostenlos zur Verfügung gestellt. Gemäss Pandemieplan der Schweiz aus dem Jahr 2018 ist bekannt, dass der IES-Contact-Manager den Kantonen ohne Zusatzkosten zur Verfügung steht. Es erstaunt darum schon, dass der Kanton Luzern und andere Kantone sich für andere Lösungen entschieden haben. Das Modul Contact-Tracing wäre in Beschaffung, Betrieb und Lizenz vorhanden gewesen, die Schulung minimal und das System bereits bekannt. Eine Vernetzung zu anderen Organisationsstrukturen wäre effizient sichergestellt. Auch die Übergabe der Daten muss geregelt sein, und dem Datenschutz sollte ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Genau diese Prozesse und Anforderungen wurden in der Bundeslösung berücksichtigt. Der grösstes Nutzen des Contact-Tracings wird mit der übergreifenden Zusammenarbeit erzielt, vor allem dann, wenn alle mit dem gleichen Tool arbeiten. Ich erachte es organisatorisch als nicht zielführend, wenn in der Schweiz verschiedenste Systeme im Einsatz sind. Mit verschiedenen Lösungen wird ein enormer Aufwand verursacht, und das in Zeiten, in denen ein schnelles und koordiniertes Handeln wichtig ist. Aufgrund der aktuell steigenden Infektionszahlen ist es dringend nötig, dass die Kantone ein einheitliches, gut funktionierendes und bewährtes System anwenden. Die Einführung verschiedener Softwarelösungen, welche nicht in allen Details auf die BAG-Lösung abgestimmt sind, sind zu überdenken, und man soll sich für eine schweizweit einheitliche Lösung entscheiden.

Stephan Betschen: Ich bedanke mich bei der Regierung und bei der Verwaltung, insbesondere beim Gesundheits- und Sozialdepartement, für die geleisteten Dienste während des Lockdowns, aber auch für die umfassende Bearbeitung und Beantwortung der Vorstösse. Die drei Vorstösse dieses Pakets lassen sich in drei Punkte unterteilen: Rückblick auf den Lockdown, Beurteilung der aktuellen Situation und Vermeidung einer zweiten Welle sowie die zweite Welle. Zum Rückblick auf den Lockdown: Ich bin mit den Antworten zu den Vorstössen und der Beurteilung durch den Regierungsrat grossmehrheitlich einverstanden. Behandlungskapazitäten und Beatmungsgeräte und -plätze waren ausreichend vorhanden während dieser Phase. Das Home-Testing hat gut funktioniert, auch mit unterschiedlichen Akteuren wie zum Beispiel der Spitex. Bezüglich Drive-in-Center war der Kanton Luzern ein Pionier in der Schweiz. Schutzausrüstungen waren ausreichend vorhanden, und die Umstellung auf das Homeschooling hat einwandfrei funktioniert. Der Informationsfluss, welcher unter den Interessenvertretern zum Teil kritisiert wurde, hat aufgrund meiner Erfahrung – und ich war Mitglied eines Gemeindeführungsstabes – sehr gut funktioniert. Zur aktuellen Situation: Ein Kernanliegen des Postulats P 290 ist die Vermeidung einer zweiten Ansteckungswelle. Es sollen Vorbereitungen zur Verhinderung geplant und kommuniziert werden. Ich habe den Regierungsrat ersucht, für die Luzerner Bevölkerung nachvollziehbare und verständliche Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten und zu kommunizieren. In der Stellungnahme des Regierungsrates wird erwähnt, dass die Einhaltung der geltenden Schutzmassnahmen der wichtigste Punkt sei. Hier stellt sich für mich die unbeantwortete Frage, wie dies der Regierungsrat überprüft. Meiner Meinung nach fehlen hier Aussagen über die Kontrollen der Einhaltung der Schutzmassnahmen. Zum Contact-Tracing äussere

ich mich aus Zeitgründen nicht. Ein weiteres Entscheidungskriterium für die Beurteilung der Situation ist der sogenannte R-Faktor (Virus-Reproduktionsfaktor). Dieser wird zwar in den Antworten zu den verschiedenen Vorstössen erklärt, aber auch hier fehlen meines Erachtens Massnahmen und Vorschläge, wie dieser Faktor unter 1 zu bringen ist. Zur zweiten Welle: Bei einer zweiten Ansteckungswelle soll für die Luzerner Bevölkerung klar sein, wie sie damit umzugehen und sich zu verhalten hat. Es soll sichergestellt werden, dass die Wirtschaft sowie das öffentliche Leben in Schule, Kultur und Sport nur so weit wie notwendig eingeschränkt werden. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort unter anderem, dass er die Entwicklung genau verfolgen wird. Dazu gehören laut Ausführungen eine wiederholte gezielte Information der Bevölkerung. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Luzerner Bevölkerung laufend und gezielt über die aktuelle Lage informiert wird. Die Verunsicherung, wo wir zurzeit stehen, ist zum Teil gross. Es ist auch klar, dass ein möglicher zweiter Lockdown anders angepackt werden muss als der erste. Ich erwarte hier nachvollziehbare und verständliche Entscheidungsgrundlagen sowohl für die Bevölkerung als auch für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Fazit: Unter der Führung und den Vorgaben des Bundes hat der Kanton Luzern in der Phase des Lockdowns im Bereich der Gesundheitsversorgung vieles richtig gemacht. In der jetzigen Phase wird zwar gut beobachtet, für mich aber zu wenig proaktiv gehandelt. Bezüglich einer zweiten Welle verfolge ich mit Besorgnis die Diskussionen der letzten Tage und Wochen. Ich habe nicht das Gefühl, dass bezüglich einer zweiten Welle klar ist, wer wann was zu entscheiden hat. Ich wünsche dem Regierungsrat eine ausgewogene Entscheidungsautorität und dass er die richtigen Entscheide zum richtigen Zeitpunkt fällen kann.

Thomas Oehen: Ich spreche zu allen Vorstössen. Aus Sicht der CVP ist es richtig und wichtig, dass die geltenden Massnahmen von der Bevölkerung konsequent befolgt werden. Gerade aktuell zeigt sich, dass das Coronavirus noch präsent ist und sich bei unvorsichtigem Verhalten rasch weiterverbreitet. Es wird noch einige Zeit dauern, bis ein wirksamer Impfstoff einsatzbereit ist. Bis dahin liegt es in unserer Hand, wie sich die Pandemie entwickelt. Der Bund hat die heikle Lage richtig eingeschätzt und richtig gehandelt. Es hat sich gezeigt, dass der Pandemieplan gut funktioniert. Im Kanton Luzern können innert kürzester Zeit die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Die Regierung und sämtliche Fachstellen haben mit grossem Einsatz den Pandemieplan umgesetzt und die nötigen Kapazitäten geschaffen. Sie waren jederzeit gut gerüstet. Es gilt nun die letzten drei Monate zu analysieren. Die Schnittstellen sind zu schärfen und der Pandemieplan weiter umzusetzen. Ein wichtiges Instrument ist das Contact-Tracing. Es ist zwar sehr aufwendig, doch bietet es die Möglichkeit, der Weiterverbreitung des Virus vorzubeugen. Auch hier stehen Hilfsmittel wie eine Handyapp zur Verfügung. Es wäre zu begrüssen, wenn möglichst alle Kantone sich auf ein System einigen könnten, damit wirklich alle Daten erfasst werden können. Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Bund und der Kanton Luzern richtig gehandelt und Verantwortung übernommen haben. Die Bevölkerung hat es selber in der Hand, sich an die Regeln zu halten und so eine erneute Ausweitung der Pandemie zu verhindern. Die CVP-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats P 290.

Pia Engler: Ich spreche zu allen Vorstössen. Das Postulat P 290 fordert das Ergreifen von Massnahmen zur Verhinderung der Verbreitung einer erneuten Covid-19-Welle, aber auch Massnahmen, damit bei einer zweiten Welle die Folgen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, die Bildung, die Kultur und den Sport nicht mehr so hart sind wie beim ersten Lockdown. Die Anfrage A 285 stellt ebenfalls berechnete Fragen, welche Lehren man aus der ersten Welle für eine allfällige zweite zieht. Die Regierung will neben bewährten Massnahmen die Einhaltung von Schutzregeln, eine kontinuierliche Information der Bevölkerung, die konsequente Anwendung des Contact-Tracings und die Entwicklung genau verfolgen und die in ihrem Kompetenzbereich liegenden Massnahmen ergreifen. Da bleibt die Regierung aber sehr unspezifisch. Aus den Erfahrungswerten aus dem ersten Lockdown müssten jetzt Erkenntnisse und Lehren gezogen werden, welche beim Anrollen einer zweiten Welle helfen könnten, gezielter und differenzierter zu reagieren. Eine der zentralen Fragen ist es jetzt, wie es zum Beispiel gelingen kann, die Bevölkerung zu motivieren, sich weiterhin an die

Schutzmassnahmen zu halten. Hier scheint nämlich die Einsicht zu bröckeln. Von der ersten Welle wissen wir, wie wichtig es ist, von Anfang an klar zu kommunizieren und klare Anweisungen zu vermitteln. Im Bereich der Schulen hat dies zeitweise nicht einwandfrei funktioniert, und man hatte das Gefühl eines unkoordinierten Vorgehens. Dies führte zu Irritationen. Wir wissen alle, dass die Reproduktionszahl einer der wichtigsten Parameter ist. Dieser ist gemäss neusten Medienberichten bereits wieder auf den Bereich von 1 bis 1,25 gestiegen. Diese Zahl sollte unter 1 liegen; wir sind also gewarnt und gut beraten, uns mit möglichen weiteren Massnahmen zu befassen. Wir erwarten von der Regierung eine aktivere Haltung bei der Ausarbeitung von gezielten und differenzierten Massnahmen. Die SP-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats P 290. Zur Anfrage A 295: Hier geht es um die Einführung eines neuen Contact-Tracing-Systems, nämlich dem Sormas. Die Regierung möchte einen Wechsel vom heutigen System zum neuen System vornehmen. Das Auswahlprozedere wurde vom Bund begleitet. Es lässt sich daraus allerdings nicht erschliessen, warum die Regierung wechseln möchte. Für uns ist es unabdingbar, dass alle Kantone mitziehen, und wenn dies nicht der Fall ist, müssten die Vorteile des neuen Systems schon gewaltig sein, damit wir den Wechsel unterstützen könnten.

Rahel Estermann: Ich spreche zur Anfrage A 295. Haben Sie gewusst, dass die Sormas-Software vor Corona in Nigeria und Ghana im Einsatz war, um dort gegen Infektionskrankheiten wie Ebola zu kämpfen? Eine Software ist im 21. Jahrhundert gut, wenn sie drei Eigenschaften aufweist: Sie muss modular aufgebaut sein, und sie muss open-source und somit einfach zu vernetzen sein. Als Corona ausgebrochen ist, hat das Helmholtz-Institut, welches die Software entwickelt hat, einfach ein zusätzliches Modul aufschalten können. Dieser modulare Aufbau der Software macht diese sinnvoll und effektiv, und dies seit Langem in Nigeria und jetzt auch beim Corona-Tracing. Ebenso zukunftsgerichtet ist eine volle Zugänglichkeit zur Software mit Open-Source. Es freut uns, dass der Kanton auf eine solche Software setzt. Dadurch fallen auch keine Lizenzkosten an. Ganz generell sollte es im heutigen Zeitalter keine digitalen Inseln mehr geben, schon gar nicht während der Corona-Pandemie. «Interoperabilität» ist hier das Zauberwort. Das bedeutet, dass man sich mit anderen Kantonen verständigen kann. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er sich mit hoher Priorität dafür einsetzt, dass sich die verschiedenen Systeme, welche in den Kantonen im Einsatz sind, auch untereinander verständigen können. Er soll sich insbesondere in der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) dafür einsetzen. Ja, es dürfen verschiedene Lösungen sein, aber diese müssen interoperabel sein. Dies wäre bei geschlossenen Produkten um einiges schwieriger. Sormas ist so gut, weil es die Interoperabilität einfach macht. Wir würden es sogar begrüssen, wenn der Kanton längerfristig auf Sormas setzen würde, wie das beispielsweise der Kanton Solothurn bereits entschieden hat. Die Gefahr einer Pandemie wird auch nach Corona aktuell sein, und Sormas kann darauf schnell reagieren. Sormas zeigt auch, dass sich öffentliche Forschungsgelder als Investitionen lohnen. Das Helmholtz-Institut wurde von deutschen und EU-Forschungsgeldern unterstützt. Die Stärke der Hochschulforschung und von Open-Source zeigt sich übrigens auch in einem weiteren Beispiel eines anderen Produkts, nämlich in der Schweizer Covid-App. Ich ermutige Sie dazu, ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen und diese App so bald wie möglich zu installieren. Diese ist sicher und effektiv, und es spricht kein guter Grund dagegen, diese zu verwenden.

Hannes Koch: Ich muss noch etwas loswerden. Ich bin überzeugt von unserer Rolle als Legislative und finde, dass die Vorstösse bereits an der letzten Session im Mai hätten behandelt werden sollen. Heute sind einige schon obsolet. Die G/JG-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats P 290, denn es bedeutet – nebst der persönlichen Verantwortung jeder Bürgerin und jeden Bürgers – einen wichtigen Schritt, damit wir die Infektionszahlen kleinhalten können.

David Roth: Ich möchte vom Regierungsrat Antworten, inwiefern man jetzt für die Aufrechterhaltung der Massnahmen sorgt und die Einhaltung kontrolliert. Mir hat ein Türsteher eines Clubs gesagt, dass er vom Clubbetreiber den Auftrag bekommen habe, den Personen, welche den Club wieder verlassen, die Armbänder abzunehmen, damit man

immer wisse, wie viele Personen man noch reinlassen könne, um unter 300 Gästen zu bleiben. Das ist nicht Sinn und Zweck dieser Massnahme. In Zürich zeigte sich bei einem Fall eines Superspreaders, dass offenbar mehr Personen reingelassen worden sind, weil Dutzende Leute gemeldet haben, dass sie trotz korrekter Kontaktangaben nicht kontaktiert wurden. Dies lässt nur den Schluss zu, dass der Club nicht alle Namen übermitteln konnte, weil es sonst mehr als 300 gewesen wären. Aber auch an den Arbeitsplätzen gilt es weiterhin Schutzmassnahmen aufrechtzuerhalten. Ich möchte von der Regierung wissen, wie man die Durchsetzung der Massnahmen kontrolliert. Die besten Vorschriften nützen nichts, wenn deren Einhaltung nicht durch den Kanton überprüft wird. Ab wann sind Schliessungen von Betrieben, welche sich nicht an die Massnahmen halten, ein valables Mittel für den Regierungsrat? Ab welchen Fallzahlen treten im Kanton Luzern zusätzliche Massnahmen wieder in Kraft? Diese Fragen sollte man jetzt beantworten, damit der Ernst der Lage auch in der neuen, gelockerten Situation der Luzerner Bevölkerung, den Unternehmen und den Betreibern öffentlicher Lokalitäten bewusst ist. Ich schliesse mich dem Aufruf von Rahel Estermann an. Dank der «Luzerner Zeitung» weiss man, mit welcher App man feststellen kann, wie viele Covid-19-Apps im Umfeld installiert wurden. Von meinem Platz aus habe ich nur 66 erkannt, und ich hoffe, dass Sie mit gutem Beispiel vorangehen und die Covid-App auch noch installieren.

Jim Wolanin: Ich bin nicht hier, um auf Fehler hinzuweisen oder Schuldige zu suchen. Im Nachhinein ist man immer schlauer. Ich bin hier, um für einmal eine Lanze für unsere Regierung zu brechen. In meiner Funktion als Präsident des Spitex-Kantonalverbandes Luzern kann ich Ihnen versichern, dass sich der Regierungsrat nach Kräften bemüht und einen tollen Job gemacht hat. Die Spitex war von Anfang an in der Taskforce integriert und konnte somit ihren Teil zur Bewältigung der Krise beitragen. Dies ist alles andere als selbstverständlich. Meine Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kantonen haben nur gestaunt. Die Einbindung der Spitex im Kanton Luzern wurde auch vom Spitex-Magazin schweizweit als Best-Practice-Beispiel dargestellt. Ich möchte der Regierung ein grosses Lob übermitteln und bin überzeugt, dass die notwendigen Anpassungen und Optimierungen gemacht werden. Wir werden gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich erlaube mir zwei Vorbemerkungen: Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir mehr Expertinnen und Experten haben als Infizierte. Wir werden mit dem Coronavirus leben müssen, bis wir einen Impfstoff haben, und wenn wir diesen haben, wird wieder ein neues Virus kommen. Wir werden uns an diese Umstände gewöhnen müssen, und darum haben wir Sormas gewählt. Es ist leider davon auszugehen, dass es zu mehr oder weniger grossen Krankheitswellen kommen wird. Wenn ich mir das letzte Wochenende anschau und das, was in Zürich passiert ist, dann macht mir dies Angst. Deshalb ist es wichtig, dass die Schutzmassnahmen weiterhin eingehalten werden. Das sind folgende Punkte: Abstand halten, Anwesenheitsliste (was wir kontrollieren), Hygienemassnahmen, Schutzmasken, wenn man den Abstand nicht einhalten kann, und Homeoffice. Homeoffice hat sich bewährt, und wir konnten positive Lehren daraus ziehen. Es hängt also von uns allen ab, ob und in welchem Ausmass es zu einer zweiten Welle kommen wird. Ich wünsche mir sehr, dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und wir uns weiterhin an die Schutzmassnahmen halten. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt das Contact-Tracing. Das Nachverfolgen von Infektionsketten ist sehr personalintensiv und kann nur durchgeführt werden, solange die Zahlen der positiv Getesteten relativ niedrig sind. Hier brauchen wir die Anwesenheitslisten, wer wann wo war, damit wir überhaupt eine Chance haben, dies sauber und korrekt umzusetzen. Wir arbeiten hier mit der Lungenliga Zentralschweiz zusammen, was sehr gut funktioniert. Über das Wochenende hatten wir 2 Ansteckungen, und es befinden sich im Moment 11 Personen in Isolation und 55 in Quarantäne. Wir haben pro Tag etwa eine bis zwei Ansteckungen, in der Woche sind es ungefähr fünf bis zehn, und wir schauen genau, wo diese erfolgt sind. Wenn alle am gleichen Ort erfolgt sind, dann schauen wir zum Beispiel eine Firma genauer an. Betreffend Informationssystem ist zu sagen, dass der Bund zusammen mit uns Kantonen verschiedene Systeme getestet hat. Ich habe mich zusammen

mit 16 anderen Kolleginnen und Kollegen für Sormas eingesetzt. Es gibt Felderfahrung mit Sormas, man kann es modular weiter aufbauen, es ist günstig und kann besser umgesetzt werden. Ungefähr 20 Kantone haben ebenfalls Sormas im Einsatz. Wir werden uns auch in Zukunft an den Datenschutz halten, und dazu gibt es Vorgaben, die nicht zu diskutieren sind. Wir haben drei Szenarien vorbereitet, wie wir auf einen punktuellen Ausbruch reagieren würden. Das würden wir ruhig, aber bestimmt machen. Das heisst, wenn in einem Mehrfamilienhaus oder einem Betrieb oder sogar in einem Ortsteil oder einer ganzen Gemeinde ein Ausbruch geschehen würde, könnten wir darauf reagieren. Zu den Fragen von David Roth: Wir werden auch in Zukunft Firmen kontrollieren und wollen, dass die Vorgaben eingehalten werden. In Deutschland sehen wir gerade, was es heisst, wenn das nicht passiert. Wir wollen kein Risiko eingehen und gehen dort sehr weit. Wenn sich eine Firma nicht an die Vorgaben hält, würden wir diese schliessen. Im Kanton Luzern haben wir aber gute Erfahrungen gemacht und konnten auch Korrekturen zusammen umsetzen. Die Zusammenarbeit läuft gut. Wir wissen also, welche Massnahmen zu ergreifen sind, wir verfügen über genügend Schutzausrüstung in den Spitälern und in der Bevölkerung und über die entsprechende Kapazität im Gesundheitswesen. Wir haben das getestet. Jasmin Ursprung möchte ich versichern, dass wir genügend Materialien in den Spitälern hatten, es jedoch einzelne Institutionen gab, welche zu wenig hatten. Daraus haben wir unsere Lehren gezogen, und wir diskutieren im Moment darüber, ob wir die Materialien in Zukunft zentral lagern wollen. Wir werden dafür eine Lösung finden und sind auf eine allfällige zweite Welle vorbereitet. Die Situation der Seniorinnen und Senioren war nicht optimal, und daraus haben wir gelernt, vor allem auch der Bund. Diese Abschottung war grenzwertig. Auch im Bereich der Bildung haben wir gute Voraussetzungen. Wir haben jetzt die Erfahrung, wie man innert kurzer Zeit auf Fernunterricht umstellen kann. Ich hatte das Gefühl, dass die Kommunikation mit den Gemeinden und den verschiedenen Organisationen wie der Spitex, den Spitälern und den Altersheimen gut war. Der kantonale Führungsstab bleibt im Einsatz, denn wir brauchen diesen. Der Informationsaustausch zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden funktioniert gut. Jeden Monat trifft sich der Vorstand der GDK mit Bundesrat Alain Berset. Unser Ziel ist klar, einen zweiten Lockdown zu verhindern. Wenn wir Anzeichen dafür finden sollten, werden wir entsprechend reagieren und Sie darüber informieren.

Der Rat erklärt das Postulat P 290 erheblich.